

**Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde,**

Wochen intensiver Diskussion in Partei, Fraktion und der Öffentlichkeit über die Große Koalition liegen hinter uns, mit so machen Wendungen. Im Bundestag haben wir in dieser Woche erneut gezeigt, dass wir Herzensanliegen der SPD in konkrete Gesetze gießen. So werden die Bürgerinnen und Bürger ab dem 1. Januar 2019 finanziell spürbar entlastet und durch wichtige arbeitsmarkt- und sozialpolitische Weichenstellungen besser abgesichert. Viele der Gesetze, die wir in dieser Woche endgültig im Bundestag beschlossen haben, enthalten richtig viel SPD – trotz notwendiger Verständigungen in der Koalition sind es gute Kompromisse.

**Sozialdemokratische Politik für ein  
solidarisches Land**



Mit dem **Rentenpakt**, den wir am Donnerstag verabschiedet haben, sichern wir das Rentenniveau auf 48 Prozent ab. Die Renten steigen wieder wie

die Löhne. Und wir sorgen künftig für eine faktische Erhöhung der Erwerbsminderungsrenten, indem wir die fiktiven Beschäftigungszeiten, die die Basis für die Berechnung der Erwerbsminderungsrente bilden, verlängern. Das sind zwei SPD-Forderungen die umgesetzt werden. Das ist ein großer Erfolg. Für die von uns bis 2040 geforderte Sicherung des Rentenniveaus bei 48 Prozent werden wir weiter kämpfen, damit die Renten auch künftig weiter steigen wie die Löhne.

Interessant war für mich auch das Abstimmungsergebnis zum Rentenpakt: Während sich die Linke enthalten hat (was die höchste Form der Anerkennung einer Oppositionspartei darstellt), haben FDP, Grüne und AfD das Gesetz abgelehnt. Darüber lohnt es sich, zu diskutieren!



Mit dem **Teilhabechancengesetz** wird ein sozialer Arbeitsmarkt eingeführt und zehntausenden Menschen der Zugang in geregelte Beschäftigung eröffnet, die bisher nicht vom Aufschwung am Arbeitsmarkt profitieren konnten. Besonders freut es mich, dass wir im parlamentarischen Verfahren

noch mehrere Forderungen der SPD und der SGK durchsetzen konnten: die staatliche Förderung muss sich künftig auf Tariflöhne beziehen und nicht bloß auf den Mindestlohn. Zudem gibt es eine Erleichterung der Zugangsvoraussetzungen, weil statt wie geplant sieben nun nur sechs Jahre Leistungsbezug ausreichen, um gefördert zu werden. Das sind drei Punkte aus unserer Programmatik, die wir Realität werden lassen.



Mit dem **Familienentlastungsgesetz** entlasten wir Familien durch ein höheres Kindergeld und den Abbau der „kalten Progression“ im Steuertarif um zehn Milliarden Euro im Jahr. Zusammen mit bereits beschlossenen Senkungen des Beitrages in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung für Arbeitnehmende entlasten wir gezielt Beschäftigte und Familien. Und Beschäftigte mit geringem Einkommen in „Midi-Jobs“ erhalten künftig höhere Renten bei gleichbleibenden Beiträgen. Diejenigen, die unsere Gesellschaft tragen, haben am dem 1. Januar 2019 mehr auf dem Konto.



Mit dem **Pflegepersonalstärkungsgesetz** sorgen wir für die Abschaffung des Gewinnprinzips in der Pflege. Kosten für Pflegekräfte sind künftig nicht mehr Bestandteil von Fallpauschalen, sondern werden Krankenhäusern eins zu eins erstattet. Auch dies ist eine langjährige SPD-Forderung. Damit kann künftig nicht mehr an den Personalkosten gespart werden und wir können mehr drin-

gend benötigte Fachkräfte für Pflegeberufe gewinnen. Außerdem werden künftig Tarifsteigerungen vollständig von den Krankenkassen refinanziert. Dieser Schritt ist uns besonders wichtig, weil uns seit Jahren dafür einsetzen, die teils schlechten Arbeitsbedingungen zu verbessern – damit es auch Pflegenden und Gepflegten besser geht.

## Rede zu gleichwertigen Lebensverhältnissen



Am vergangenen Mittwoch fand die erste „Orientierungsdebatte“ zum Thema gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundestag statt. Mit den Orientierungsdebatten soll im Parlament über wichtige gesellschaftliche Herausforderungen diskutiert werden, noch bevor entsprechende Gesetzesentwürfe das Plenum erreichen. Ein Angebot an das Parlament und auch an die interessierte Öffentlichkeit. *Die ganze Rede kann man sich hier online ansehen:* → <https://dbtg.tv/fvid/7288605>.

## Beim deutsch-russischen Forum in Moskau



Vom 1. bis zum 3.11. war ich auf Einladung des deutsch-russischen Forums in Moskau. Ich habe dort viele offene, auch kritische Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der russischen Politik geführt. Auch SPD-Prominenz war vertreten: links mit der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, rechts mit dem ehemaligen SPD-Vorsitzenden Matthias Platzeck, der Vorsitzender des deutsch-russischen Forums ist.

Im September besuchte mich, organisiert vom deutsch-russischen Forum, eine Delegation russischer Kommunalpolitikerinnen und -politiker im Bundestag (ich habe darüber in Update 10/2018 berichtet). Nun folgte der Gegenbesuch. In der vergangenen Woche war ich für drei Tage beim deutsch-russischen Forum in Moskau. Das Forum

hat das Ziel, die Beziehungen beider Länder wieder zu verbessern, eine Absicht, die auch eine sehr große Unterstützung der deutschen Bevölkerung hat. In Moskau konnte ich mich auch mit Manuela Schwesig und Matthias Platzeck austauschen. Es war eine sehr aufschlussreiche Veranstaltung mit vielen konstruktiven, auch kritischen Diskussionen.

### Es ist offiziell: Zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Münster-Lünen kommt

Seit Jahren setzt sich die SPD im Münsterland für den Ausbau der Schienenstrecke Münster-Lünen ein. Gemeinsam mit dem Regionalrat und vielen anderen Akteuren haben wir den zweigleisigen Ausbau der Strecke für den gesamten Abschnitt gefordert. Das Drängen hat nun Wirkung gezeigt. Diese Woche hat das Verkehrsministerium offiziell bekanntgegeben, dass die Schienenstrecke Münster-Lünen eines von 44 deutschlandweiten Projekten ist, welche in den „Vordringlichen Bedarf“ des Bundesverkehrswegeplans aufrücken. Damit sind die Voraussetzungen für den Teilausbau des Streckenabschnitts erfüllt.



Konkret sollen die vorhandenen Überholgleise zu längeren Begegnungsabschnitten ausgebaut werden, was fliegende Kreuzungen ermöglicht. Durch die Ausrüstung für Vmax 200 km/h wird eine Fahrzeitverkürzung zwischen Dortmund und Münster erreicht. Das ist zweifellos ein Fortschritt für unsere Region, zumal die Verbindung für den Rhein-

Ruhr-Express als auch für den sogenannten Deutschland-Takt unverzichtbar ist.

Leider haben wir nicht den vollständig zweigleisigen Ausbau für den gesamten Streckenabschnitt erreichen können. Positiv bleibt jedoch, dass unsere Region jetzt Klarheit über die künftigen Verbesserungen im Schienenverkehr hat. Somit entlasten wir auch die überfüllten Autobahnen in NRW. Wir erwarten, dass die Umsetzung zeitnah erfolgt und nicht erst zum Ende des Planungszeitraumes.

### Fast 3 Millionen Euro mehr für den Kreis Warendorf zur Vermittlung von Langzeitarbeitslosen

Im Jahr 2019 stehen dem Jobcenter Kreis Warendorf rund 12,7 Millionen Euro für die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen zur Verfügung, das sind rund 2,9 Millionen Euro mehr als im Jahr 2018. Für die Langzeitarbeitslosen ist das ein echtes Plus. Damit kann das Jobcenter zielgenau helfen und sie besser in Arbeit vermitteln. Das gibt es nur, weil die SPD in der Regierung ist.

### Sassenberg: Bund fördert Haus Schücking mit 100.000 Euro

Ich freue mich sehr darüber, dass 100.000 Euro des Bundes für die Erhaltung des Hauses Schücking nach Sassenberg fließen. Das Geld stammt aus dem „Denkmalschutz-Sonderprogramm VII“ und wird für den Erhalt und die Restaurierung des denkmalgeschützten Gebäudes verwendet. Die Mittel wurden diese Woche im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags freigegeben. Mit dem Programm beteiligt sich der Bund seit Jahren an der Sanierung von national bedeutsamen Denkmälern in ganz Deutschland.

Wegen der Vielzahl von Bewerbungen bundesweit, konnte nur ein Teil der Anträge positiv beschieden werden. Umso mehr freue ich mich, dass Haus Schücking davon profitiert. Das sind hervorragende Nachrichten für Sassenberg. Das 1754



Gleich vier Schulklassen der Gesamtschule Ennigerloh-Neubeckum haben mich vergangene Woche im Bundestag besucht. Ich bin immer wieder froh, wenn es gelingt, mit Schülerinnen und Schülern zu diskutieren, merke aber leider auch, dass die politische Bildung wieder mehr Gewicht im Schullalltag und im Unterricht finden sollte. Aber: Danke an Euch für den Besuch, ich fand's prima.

von dem bedeutenden Architekten Johann Conrad Schlaun errichtete Backsteinbau wurde vor zwei Jahren im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogramms bereits mit 80.000 Euro gefördert.

## Ergänzende, unabhängige Teilhabeberatung in Warendorf

Die Eröffnung der „Ergänzenden, unabhängigen Teilhabeberatung“ (EUTB) in Warendorf ist Ergebnis der Reform des Bundesteilhabegesetzes. Mit dem Gesetz haben wir einen Perspektivenwechsel im Behindertenrecht eingeleitet, der den Menschen mit Behinderungen zu mehr Teilhabe und individueller Selbstbestimmung verhelfen soll.



Glückwunsch an das Team in der neuen EUTB-Beratungsstelle in Warendorf, Freckenhorster Straße 73, Henrich Berghoff (l.), Anna Penner (r.) und Seda Tiryakioglu (2.v.r.).

Das Büro in Warendorf soll eine (träger-)unabhängige Beratung von Betroffenen für Betroffene sicherstellen. Die Büros werden bundesweit mir rund 58 Millionen Euro jährlich unterstützt. Gut, dass es auch im Kreis Warendorf künftig eine solche Einrichtung gibt. Wir haben uns aktiv in die Debatte um das neue Bundesteilhabegesetz eingebracht und freuen uns über die konkreten Umsetzungsschritte, auch wenn die Fortentwicklung der Aufgabe weiter besteht.



Mit den beiden anderen Schulklassen der Gesamtschule Ennigerloh-Neubeckum am 30. Oktober im Bundestag.



Vor fast genau 100 Jahren, am 12. November 1918, erhielten auch Frauen das aktive und passive Wahlrecht. Das war ein großartiger Meilenstein in der Geschichte der Demokratie. Am 19. Januar 1919 fand die Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung statt – erstmalig unter Beteiligung von Frauen. Über 80 Prozent der wahlberechtigten Frauen gaben ihre Stimme ab. Auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir aber immer noch keine vollständige Gleichberechtigung erreicht. Der Kampf geht weiter.

**Fragen, Anregungen, Kritik? Meldet Euch. Ihr wisst, wie es geht.**

Euer

*Bundesrat Juchacz*